

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61III
Telephon: Amt Köpenick, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61III, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt.

Zur Beachtung. — Das neue Jahr (Gedicht). — Der Weltkrieg und die deutschen Textilarbeiter (II). — Unsere im Jahre 1914 gestorbenen Mitglieder. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1913. — Die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen im Deutschen Reich im Jahre 1913. — Ein Notruf der oberfränkischen Handwerker. — Soziales. — Berichte aus Fachreisen. — Literatur. — Verbandsanzeigen. — Privat-Anzeiger.

Zur Beachtung!

Wie alljährlich, werden wir ein Inhaltsverzeichnis zum abgelaufenen Jahrgang des „Textilarbeiters“ herausgeben, das vielleicht mit Nr. 3 des Jahrgangs 1915 zum Versand kommen kann. Wir bitten die Interessenten, besonders die Ortsverbände unseres Verbandes, ihren Bedarf an Inhaltsverzeichnissen bald zu melden, damit wir die Auflage dafür berechnen können. Die Expedition.

Das neue Jahr.

Ein Kriegsjahr ist nun hingegangen
In blutigem Wüten, blassem Schreden,
Des Juges sich in düstern langen
Grabreihen längs der Felder strecken.
Und andre in die Lüfte ragen
Als Trümmerhaufen — einst Gemäuer,
Das Menschen, die betrübt sich fragen
Warum? stets heilig war und teuer.

Wo warmes Leben jüngst noch blühte
Und Menschenliebe sich wand Palmen,
Wo nur im Herd das Feuer glühte,
Die Felder prangten gold in Halmen —
Beherrscht der kalte Tod die Stunden,
Ein mörderischer Kampf nun wüthet,
Schlägt fürchterliche Todeswunden
Und tötet Hoffnung, lang gehüthet. . . .

Was wird das neue Jahr uns bringen? —
Im Kampfe wie das alte enden?
Wird es dem fürchterlichen Ringen
Bald Halt! gebieten, Frieden senden?
Wird es des Krieges blut'ge Spuren
Zu Aderfurchen wieder machen,
Daß auf der Wahlstatt roten Fluren
Von neuem goldne Lehren lachen?

O, möchte es des Krieges Schreden
Recht bald für allemal beenden,
Freundschafts- und Brudersinn erwecken,
Der Menschheit vollen Frieden spenden,
Und möchte es mit seinem Lichte
Als treuer Hüter sich erweisen,
Daß sich fortan die Weltgeschichte
Vollzieh' in friedlichen Geleisen!

P. W.

Der Weltkrieg und die deutschen Textilarbeiter.

II.

Kann es den deutschen Arbeitern, kann es insbesondere den Arbeitern der deutschen Textilindustrie gleich sein, ob in diesem Kriege Deutschland mit seinen Verbündeten siegt, oder die andere kriegerische Mächtekoalition, nämlich: Rußland, England, Frankreich usw.? Unsere Abenteuerpolitiker sagen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte die Kriegskredite nicht bewilligen dürfen; denn es könne den Arbeitern gleich sein, ob sie von einem deutschen, von einem russischen, englischen, französischen oder sonstigen Kapitalisten ausgebeutet werden. Wir haben schon im vorigen Artikel gesagt: nicht die Nationalität des Ausbeuters ist bei den Arbeitern das Entscheidende, sondern die Milde- rung und schließlich Beseitigung der Ausbeutung. Und kann es da bei dieser Sachlage den Textilarbeitern gleichgültig sein, ob sie demnächst unter deutschem oder z. B. russischem Regime stehen? Würde die russische Macht über Deutschland siegen und Teile desselben sich unterordnen, dann käme für die in Betracht kommenden Textilarbeiter zu der kapitalistischen Ausbeutung auch noch die

vollständige politische Rechtlosmachung. Es käme weiter hinzu die Vernichtung der wirtschaftlichen Organisationen und die Herabdrückung in der ganzen Lebensweise auf die tieftraurige Stufe der Lodzer Textilarbeiterschaft, wie sie Leute in unserem Blatte geschildert haben, die heute zu dem Häuflein der Abenteuerpolitiker gehören. Wie geht es denn gerade jetzt in Rußland zu? Das schwedische Arbeiterblatt „Socialdemokraten“ berichtete vor kurzer Zeit aus Petrograd von unerhört brutalen Unterdrückungsmaßnahmen, die von der Reaktion in Rußland an den dortigen Arbeiterorganisationen verübt werden. Glaubt denn irgendein Mensch, Rußlands Reaktion würde mit der Arbeiterschaft eroberter Gebiete Deutschlands gerechter umgehen wie mit der eigenen arbeitenden Bevölkerung? Nur ein politischer Narr kann das glauben.

Aber noch eins! Können sich denn die Abenteuerpolitiker nicht wenigstens ausdenken, daß die Textilarbeiter der deutschen Landesgebiete, die bei einem für Deutschland unglücklichen Ausgang des Krieges durch Eroberung in einem fremden Wirtschaftsgebiet angegliedert würden, in eine geradezu verhängnisvolle Lebenslage geraten müßten? Man bedenke nur, was aus der schlesischen Textilindustrie und ihrer Arbeiterschaft werden würde, wenn sie plötzlich ihres bisherigen Abzackgebietes beraubt, dem Wirtschaftsgebiet Rußlands einverleibt würde. Dasselbe wäre der Fall für die elsässischen Textilarbeiter, wenn die elsässische Textilindustrie dem französischen Wirtschaftsgebiet einverleibt würde. Jahre bitterer Not würden vergehen, ehe die Industrie der eroberten Teile in dem neuen Wirtschaftsgebiet Wurzeln gefaßt hätte. Kolossale Arbeitslosigkeit wäre die Folge. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ bringt darüber eine sehr beachtenswerte Abhandlung, worin sie an der Hand der Eroberungen in früheren Kriegen zeigt, wie verhängnisvoll das für die Arbeiter ist. Wir werden diese Abhandlung in der nächsten Nummer zum Abdruck bringen.

Und wie wäre es denn, wenn bei einer Niederlage Deutschlands neben dem Despotengeist Rußlands der Krämergeist Englands über Deutschlands Macht gewinnen würde? Dann würde es wahrscheinlich so kommen, daß viele Zehntausende von deutschen Textilarbeitern gar keine Beschäftigung hätten; es würde dann nicht einmal der Inhalt jener Phrase der Abenteuerpolitiker zur Wirklichkeit werden, daß es deutschen Textilarbeitern gleich sein könne, von welchem Kapitalisten sie ausgebeutet würden. Denn was ist denn die tiefere Ursache, aus der heraus sich die kapitalistische Regierung Englands an diesem Kriege beteiligt? Es ist nicht der Wunsch, daß englische Kapitalisten deutsche Proletarier ausbeuten wollen, sondern der Wunsch, Deutschlands Industrie und Handel zu ruinieren, um den englischen Kapitalismus einen gefährlichen Konkurrenten zu beseitigen. Hat nicht die kapitalistische Regierung Englands den Krieg gegen Deutschlands Welthandel ausdrücklich proklamiert? Und haben wir nicht gesehen, daß die Gewerkschaften der englischen Arbeiter ihre Mitglieder aufgerufen haben, ihre Regierung in diesem Wirtschaftskrieg zur Vernichtung von Deutschlands Welthandel auf das kräftigste zu unterstützen, indem sie keine deutschen Waren mehr kaufen? Keinem jener Abenteuerpolitiker ist es eingefallen, ein paar Bornesworte an jene englischen Gewerkschafter zu richten. Als wir aber kürzlich darauf hinwiesen, daß die deutsche Taschentuchindustrie zum mindesten ebenso gute Ware herstelle wie die englische, da wurde wir sofort durch einige „Liebenswürdige“ Postkarten belehrt, daß dies gegen die Internationalität verstoße. Zum Glück fehlt uns das Verständnis für diese falsch verstandene Internationalität.

Der Krieg zwischen England und Deutschland trägt also den reinen Charakter eines Konkurrenzkampfes; es ist nicht der Konkurrenzkampf einzelner Kapitalisten, sondern der Konkurrenzkampf kapitalistischer Staaten. Und das Mittel dieses Konkurrenzkampfes ist nicht mehr der wirtschaftliche Wettbewerb, sondern Sprengstoffe und Eisen. Deutschlands Industrie soll, wenn England siegt, als Konkurrent Englands auf dem Weltmarkt lahmgelegt werden, damit der englische Kapitalismus daselbst um so freieres Tanzen hat. Könnte das der deutschen Textilarbeiterschaft gleichgültig sein? Nun, sicherlich nicht, denn die deutsche Textilindustrie muß jährlich für weit über eine Milliarde Mark Waren auf dem Weltmarkt absetzen, wenn nicht viele Zehntausende von Textilarbeitern ohne Arbeit und Existenz sein sollen.

Die deutsche Textilindustrie führte in den letzten drei Jahren, die für viele Zweige nicht zu den besten Geschäftsjahren gehören, dem Werte nach folgende Waren aus:

	1911	1912	1913
Baumwollwaren	873 678 000	405 811 000	432 864 000
Wollwaren	260 982 000	258 499 000	270 559 000
Seidenwaren	184 458 000	181 175 000	189 028 000
Kleider und Fußwaren	113 758 000	124 833 000	144 371 000
Waren aus sonst. pflanzlichen Gewächsen	22 730 000	21 886 000	26 131 000

Einige Branchen sind so stark auf den Absatz auf dem Weltmarkt angewiesen, daß sie geradezu vor der Vernichtung ihrer und ihrer Arbeiter Existenz stehen würden, wenn es der zurecht mit Deutschland im Kriege liegenden kapitalistischen Mächtekoalition gelingen würde, den Welthandel der deutschen Textilindustrie zu vernichten. Im Jahre 1913 waren an der deutschen Textilwarenausfuhr beteiligt

	Mark
Die Wirl. und Trikotwarenindustrie mit	163 844 000
Die Ausbütungsindustrie mit gefärbten, bedruckten usw. Baumwollstoffen mit	126 000 000
Die Sticker- und Spitzenindustrie mit	82 056 000
Die Wollwebereien mit	200 235 000
Die Seidenindustrie mit	94 133 000
Die Faserwarenindustrie mit	49 704 000
Die Samt- und Blüschindustrie: ganz und halbseidene Fabrikate mit	27 570 000
wollene und halbwoollene Fabrikate mit	39 230 000
Die Seidenwebereien mit	14 571 000

Nun wird von den Abenteuerpolitikern eingewendet: Aufgabe der Sozialisten ist es nicht, für die Existenz der kapitalistischen Produktionsweise zu sorgen; ihre Aufgabe ist es vielmehr, die kapitalistische Produktionsweise zu bekämpfen. Gewiß, wir bekämpfen die kapitalistische Produktionsweise als eine für die Mehrheit des Volkes unvorteilhafte gesellschaftliche Einrichtung und streben danach, sie durch eine, besonders für die arbeitende Bevölkerung vorteilhaftere zu ersetzen. Aber wir bestreiten ganz entschieden, daß bei Ausbruch dieses Krieges die Vorbedingungen zur Ersetzung der alten durch eine neue Produktionsweise gegeben waren. Kein einziger von denen, die in der sozialdemokratischen Fraktion einen von der großen Mehrheit abweichenden Standpunkt eingenommen haben, hat das behauptet. Kein Wort ist in der langen prinzipiellen Debatte davon laut geworden, zur Ersetzung einer alten durch eine neue Produktionsweise gehört eben erheblich mehr, wie die momentanen Schwierigkeiten, in welche die alte Produktionsweise einmal geraten ist. Solange aber die Vorbedingungen für die Einführung einer neuen Produktionsweise nicht gegeben sind, haben auch wir Sozialisten nicht nur ein Interesse daran, daß die bisherige Produktionsweise ungestört wirksam bleibt, sondern wir haben auch die Pflicht, Störungen zu beseitigen, die fremde kapitalistische Regierungen unternehmen, um ihren kapitalistischen Auftraggebern zu nützen. Wir haben die Pflicht dazu, weil wir als gute Marxisten wissen, daß die volle Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise die hauptsächlichste Vorbedingung für die sozialistische Produktionsweise ist. Denn es ist doch ein fundamentaler marxistischer Grundsatz, daß eine neue Gesellschaftsformation nicht lebensfähig ist, bevor nicht die alte Gesellschaftsformation die Entwicklungsphasen sämtlich durchlaufen hat. Im Wortwort der Schrift von Karl Marx „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ sagt Marx:

„Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktionskräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und höhere Produktionsverhältnisse treten nie an ihre Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind.“

Also haben wir als Marxisten die Pflicht, zu verhindern, daß die Kapitalistengruppe in England die Entwicklung der kapitalistischen und damit die Heranreifung der sozialistischen Produktionsweise in Deutschland stört.

Wenn dem aber so ist, dann kann man auch dem sozialistischen Arbeiter Deutschlands nicht sagen, es könne ihm gleich sein, ob die deutsche oder die englische kapitalistische Produktionsweise gefördert wird. Es handelt sich ja doch nicht nur allein um die Existenz der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auch um die Existenz Hunderttausender deutscher Arbeiter. Heute noch ist die Existenz der deutschen Arbeiter, und wie wir ja gezeigt haben, ganz besonders der in der Textilindustrie beschäftigten, auf Gedeih und Verderb mit der kapitalistischen Warenproduktion verbunden. Wird durch einen für Deutschland unglücklichen Ausgang dieses Krieges die deutsche Industrie und deren Handel vom Weltmarkt verdrängt, dann verlieren Hunderttausende von Arbeitern in Deutschland ihre Existenz.

„Macht ja nichts! Dann wandern eben die beschäftigungslosen Arbeiter Deutschlands in jene Länder, die den deutschen Handel an sich gerissen haben, dem Arbeiter kann es doch gleich sein, wo er seine Existenz hat.“ So stand es kürzlich in einem Schweizer Gewerkschaftsblatt zu lesen, welches glaubte berufen zu sein, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Deutschlands die Zensur ausstellen zu müssen, gegen die Internationale der Arbeiter verstoßen zu haben. Auch das ist eine ganz hohle Phrase! Da ist ein Männlein, dessen Wiege in Deutschland stand, nach der schönen Schweiz gewandert und hat dort eine gute Existenz gefunden, und nun löst es aus dem Ereignis eines einzelnen im Handumdrehen die schwierigsten volkswirtschaftlichen Aufgaben. Wir bestreiten durchaus nicht, daß es Arbeiter im Ausland gibt, die eine gute Existenz haben und sich wohl fühlen. Soweit das deutsche Arbeiter sind, sind es aber meist solche, die aus freier Entschiedenheit, vielleicht, weil sie sich in der Welt umsehen wollten, ins Ausland wanderten. Ganz etwas anderes aber ist es, wenn nicht mehr der einzelne nach freier Wahl, sondern Hunderttausende gezwungenermaßen, weil sie in ihrem Vaterlande keine Existenz mehr finden, in fremde Länder gehen sollen, um für sich und ihre Familie eine Existenz zu suchen. Bei einer solchen Invasion fremder Arbeitskräfte treten dann in den von dieser Invasion betroffenen Ländern sehr bald Kräfte in Erscheinung, die der Invasion der fremden Arbeiter entgegenwirken. Die Bezeichnung „Schwabe“ oder „Schwob“, welche die Schweizer Arbeiterschaft für die aus Deutschland zugewanderten Arbeiter in Anwendungsbereitschaft hält, ist da wirklich harmlos gegenüber den Mitteln, die dann angewandt werden würden, wenn Hunderttausende, ja Hunderttausende deutscher Arbeiter in fremden Ländern Arbeit suchen sollten. So gutmütig wie die deutschen Arbeiter, die sich jahrzehntlang die Einwanderung vieler Hunderttausender fremdländischer Arbeiter geduldig gefallen ließen, die schon herzlich froh waren, wenn sie nur erreichten, daß sich diese fremdländischen Arbeiter nur nicht zu Lohnbrüchern gebrauchen ließen, und die daher ihre Gewerkschaftsgelder und -einrichtungen zur Verfügung stellten, um die zugewanderten ausländischen Arbeiter auf eine höhere Stufe der Lebenshaltung zu bringen — so gutmütig sind die Arbeiter anderer Nationen nicht. Dafür liegen Beispiele genug vor. Wie würde es wohl den deutschen Textilarbeitern ergehen, wenn sie gezwungen wären, in großen Scharen das Vaterland zu verlassen? In der Schweiz und in Holland, von wo aus jetzt so unerbittliche Angriffe gegen die organisierten Arbeiter Deutschlands gerichtet worden sind, könnte nicht einmal ein kleiner Bruchteil der arbeitslos gewordenen Massen unterkommen, denn in beiden Ländern ist die Textilindustrie so klein, daß große Scharen von Textilarbeitern täglich nach Deutschland wandern, um hier ihr Brot zu verdienen. Ähnlich liegt es mit Belgien und Italien. Wie noch Rußland, Frankreich und England. Wollen unsere Abenteuerpolitiker unseren Textilarbeitern zumuten, daß sie nach Boda, Warschau oder Czestochaya auswandern, um dort in grausigen Elend zu verkommen? Wir wissen es sehr gut, daß auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der meisten Textilarbeiter in Deutschland noch sehr viel zu wünschen übrig lassen und daß nach dem Kriege wird kräftig eingesetzt werden müssen, um bessere Verhältnisse zu schaffen, aber mit Lodzer Verhältnissen würde wohl niemand tauschen wollen.

Und glaubt man denn andererseits, die deutschen Textilarbeiter seien so naiv, um nicht die Beweggründe der organisierten Textilarbeiter Englands verstehen zu können, die in einem von dem früheren internationalen Sekretär Mars-Land unterzeichneten Aufruf auffordern, die englische Regierung in dem Vernichtungskriege gegen die deutsche Industrie energisch zu unterstützen? Wollen uns denn die Phrasen, die rufen, den Arbeitern könne es gleich sein, in welchem Lande sie arbeiten, wollen sie uns weismachen, die englischen Textilarbeiter erstrebten mit ihrer Regierung die Vernichtung der deutschen Textilindustrie zu dem Zwecke, nach ihrer teilweisen Vernichtung eine nach Hunderttausenden zählende Invasion arbeitsloser Textilarbeiter auf ihren Arbeitsmarkt drücken zu lassen? Das fällt den englischen Textilarbeitern gar nicht ein. Und wir nehmen es ihnen auch gar nicht übel, daß ihnen diese Absicht fern liegt. Sie haben sich durch ihre Organisationen, deren Aktionsfähigkeit bisher nicht, wie leider bei uns, gestört wurde durch das Dazwischentreten großer Massen fremdsprachiger Arbeiter, Lohn- und Arbeitsverhältnisse errungen, die sie sich nicht durch eine Armee existenzloser, um jeden Preis arbeitssuchender Arbeiter ruinieren lassen werden.

Gerade das zeigt aber, wie hohl und oberflächlich die Phrase ist, den Arbeitern könne es gleich sein, in welchem Lande sie arbeiten.

Zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gehört vor allen Dingen eine einheitliche Aktion der Arbeiter, und ein wesentlicher Faktor zur Ermöglichung einer einheitlichen Aktion ist die Einheitlichkeit der Sprache. Fremdsprachige Arbeiter sind daher ein oft nicht zu beseitigendes Hindernis der einheitlichen Aktion und damit ein Hindernis zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse überhaupt. Daher liegt es nicht im Interesse der Arbeiter, daß alle Nationen untereinander gemischt werden, sondern das liegt nur im Interesse der Unternehmer, denen es dann leichter möglich ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern und die Arbeiterkraft auf immer tiefere Stufen der Lebenshaltung herabzudrücken. Im Interesse der Arbeiter liegt es, daß sie in ihrem Vaterland Arbeit finden, um sich in Organisationen, getrennt nach nationalen Gebieten, zu vereinigen und dann erst zu einer internationalen Föderation (Vereinigung) zusammenzuschließen. Auf diese Weise, und zwar nur auf diese Weise, hat die Arbeiterschaft als Klasse die Möglichkeit, Macht und Einfluß und damit immer bessere Existenzbedingungen zu erlangen. Das hat neben dem meuchlings ermordeten französischen Genossen Laurens, neben Marx und Engels auch vor kurzem der geistige Führer der amerikanischen Sozialisten, Morris Hillquit, in einem Vortrage ausgesprochen, in dem er sich scharf gegen diejenigen wandte, welche der sozialdemokratischen Reichstags-

fraktion Deutschlands Vorhaltungen machen. Hillquit sagte an einer Stelle, man dürfe nicht vergessen, daß der Arbeiter nicht nur einer Klasse, sondern auch einer Nation angehöre; ja, er gehöre erst der Nation, die ihm die elementaren Vorbereitungen seiner Existenz liefere, und dann seiner Klasse an. Der Zustand Belgiens beweise es. Die Arbeiter Belgiens würden hundertmal lieber unter den alten Verhältnissen leben, so ärmlich und kümmerlich sie auch gewesen sein mochten, als unter den Verhältnissen, die der Einfall des Feindes geschaffen habe. Und wie die Belgier, so fühlten die deutschen, die französischen, die Arbeiter in Deutschland.

Man mag also sagen was man will: Nachdem der Krieg ausgebrochen war, dessen fürchterliche Schrecken in Tausenden von Verammlungen ausgemalt worden waren, war es die Pflicht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sofort fest und entschlossen zuzupacken, um erstens zu verhindern, daß Deutschland zum Schauplatz dieser Schrecken werde, und zweitens, um weiter zu verhindern, daß die deutsche Nation zerreißen und damit die Möglichkeit zerstört werde, die deutsche Arbeiterklasse in eine starke, einheitliche Organisation zusammenzuführen, die sie nötig hat, um durch sie, nicht aber durch eine leichtfertige Abenteuerpolitik, zur Schöpferin einer besseren Zeit zu werden.

Unsere im Jahre 1914 gestorbenen Mitglieder.

Ein großes Sterben der Menschen hat eingesetzt. Der Tod hat Hochkonjunktur. Ein furchtbares Vernichten von Menschenleben hat begonnen. Schon sind die Opfer, die dieses Vernichten von Menschen zu verzeichnen hat, in allen beteiligten Ländern ganz gewaltig. Und noch immer ist nicht abzusehen, wann diese Vernichtungsarbeit zum Stillstand kommen wird. Auch unsere Organisation hat, wenn wir am Jahreschlusse die Blätter schweifen lassen über ihre Mitglieder, eine erhebliche Anzahl schmerzhaft empfundener Todesopfer zu verzeichnen. Mehr als 1000 Mitglieder hat uns der Tod in diesem Jahre entzogen; davon sind nahezu 50 Proz. auf das Konto des Weltkrieges zu setzen. Bis zur Niederschrift dieser Zeilen waren uns für die Sterbetafel im Laufe dieses Jahres als verstorben gemeldet worden 1027 Mitglieder; davon waren 847 männliche und 180 weibliche.

Ueber die Todesursachen wollen wir nach den Aufzeichnungen in der Sterbetafel folgendes hervorheben. Es starben

im Kriege	457
an Lungenerkrankheiten	183
„ Herzkrankheiten und Schlagfluß	90
„ Krebs	38
„ Magen- und Darmkrankheiten	22
„ Entbindungsfolgen und Frauenkrankheiten	16
„ Selbstmord	11
„ Altersschwäche	3
„ Verschiedenen und nichtgenannten Krankheiten	204
Summa:	1027

Es braucht in diesem Jahre, wo so viele blühende Menschenleben im Kriege vernichtet werden, nicht erst besonders hervorgehoben zu werden, daß die meisten der hier als gestorben Verzeichneten ihr Leben viel zu früh haben beschließen müssen. Hoffen wir und sorgen wir mit den Ueberlebenden, daß bald eine bessere Zeit anbreche. Leicht sei den Verstorbenen die Erde!

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1913.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in einer Beilage zur Nr. 50 des Jahrganges 1914 die Statistik der im Jahre 1913 von den Zentralverbänden geführten wirtschaftlichen Bewegungen.

Es fanden 1913 insgesamt 9972 Bewegungen statt, an denen 1214523 Personen beteiligt waren. Von den Bewegungen wurden 92463 Betriebe mit 1724967 darin beschäftigten Personen erfaßt. 1912 betrug dagegen die Zahl der Bewegungen 9961 und die der Beteiligten 1254358. Ziffernmäßig weichen in der Zahl und dem Umfang der Bewegungen die Ergebnisse der beiden Jahre nicht erheblich voneinander ab, doch muß bei einem Vergleich berücksichtigt werden, daß 1912 an dem großen Bergarbeiterausstand allein 237732 Personen beteiligt waren, der Ausstand selbst in der Statistik nur mit vier Streikfällen verzeichnet wurde. 1913 vollzog sich dagegen wieder, nach einem Zeitraum von drei Jahren, die zentrale Tarifbewegung im Baugewerbe. Sie wurde auf dem Wege einer friedlichen Verständigung erledigt und kommt in der Statistik des Berichtsjahres bei den Verbänden der Bauarbeiter und Zimmerer mit einer sehr erheblich gesteigerten Zahl von Bewegungen ohne Arbeitsseinstellung und daran beteiligter Personen zum Ausdruck.

Der Ausgang der Bewegungen insgesamt war in 6590 Fällen gleich 66,4 Proz. (7039 gleich 71,1 Proz.)* erfolgreich, in 2619 Fällen gleich 26,4 Proz. (2043 gleich 20,6 Proz.) teilweise erfolgreich und in 706 Fällen gleich 7,1 Proz. (748 gleich 7,6 Proz.) erfolglos. In 4 Fällen blieb der Ausgang unbekannt, und 53 Kämpfe waren am Jahreschlusse nicht beendet. Der Stand der erfolglos beendeten Bewegungen ist in beiden Jahren annähernd der gleiche. Bei den erfolgreichen und mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen ist jedoch gegen das Vorjahr eine ungünstige Verschiebung eingetreten. Der Anteil der ersteren ging um 4,7 Proz. zurück, während der Prozentfuß der teilweise erfolgreichen Bewegungen um 5,8 stieg. Noch stärker als bei den Fällen tritt diese Erscheinung bei den Erfolgsziffern der Beteiligten hervor. Es hatten vollen Erfolg 546116 Personen gleich 45,1 Proz. (682507 gleich 54,6 Proz.), teilweisen Erfolg 536629 Personen gleich 44,3 Proz. (266654 gleich 21,3 Proz.) und keinen Erfolg 125152 Personen gleich 10,3 Proz. (295172 gleich 23,6 Proz.). An den Bewegungen unbekanntem Ausgangs waren 3084 und an den am Jahreschlusse nicht beendeten Streiks und Aussperrungen 3542 Personen beteiligt. Der erheblich höhere Pro-

* Die eingeklammerten Zahlen bedeuten stets die Vergleichszahlen des Jahres 1912.

zentfuß an Personen, die 1912 keinen Erfolg hatten, ist auf den bereits erwähnten Bergarbeiterausstand mit seinem erfolglosen Ausgang zurückzuführen. Die gesamten Bewegungen, ohne und mit Arbeitsseinstellung, erforderten eine Ausgabe von 15067689 Mk. (11733749 Mk.).

Der Anteil der friedlich verlaufenen Bewegungen an der Gesamtzahl ist gegen das Vorjahr gestiegen. Von den gesamten 9972 Bewegungen verliefen 7372 gleich 73,9 Proz. (7136 gleich 71,6 Proz.) mit 965537 Beteiligten gleich 79,5 Prozent (774769 gleich 61,8 Proz.) ohne Arbeitsseinstellung. In 6518 (6804) Fällen wurden die Bewegungen unternommen, um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen, an deren Durchführung 913778 Personen (736407) beteiligt waren. 854 Bewegungen (832) mit 51759 Beteiligten (38362) wurden geführt, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückzuweisen.

Die Angriffsbewegungen waren in 4292 Fällen gleich 65,8 Proz. (4642 gleich 73,8 Proz.) erfolgreich und in 2096 Fällen gleich 32,2 Proz. (1512 gleich 24 Proz.) teilweise erfolgreich. Von den Beteiligten hatten 407210 gleich 41,6 Prozent (511232 gleich 69,4 Proz.) vollen und 479357 gleich 52,5 Proz. (205681 gleich 27,9 Proz.) mit einem teilweisen Erfolg. 128 Bewegungen mit 27211 Beteiligten endeten erfolglos. Von den Abwehrbewegungen endeten 672 gleich 78,7 Proz. (676 gleich 81,2 Proz.) mit 39612 Beteiligten gleich 76,5 Proz. (36477 gleich 95,1 Proz.) erfolgreich und 101 gleich 11,8 Proz. (73 gleich 8,8 Proz.) mit 8039 Beteiligten gleich 15,5 Proz. (982 gleich 2,6 Proz.) teilweise erfolgreich. Erfolgrlos blieben 81 Bewegungen mit 4108 Beteiligten.

Der Erfolg der Angriffsbewegungen war 1913 erheblich geringer als 1912, auch die Abwehrbewegungen endeten weniger günstig. Die Kosten der Bewegungen beliefen sich auf 241898 Mk.

Die Gesamtzahl der im Jahre 1913 von den Zentralverbänden geführten Kämpfe betrug 2600 (2825). Davon waren Angriffstreiks 1307 gleich 50,3 Proz. (1543 gleich 54,6 Proz.), Abwehrtreiks 866 gleich 33,3 Proz. (926 gleich 32,8 Proz.) und Aussperrungen 427 gleich 16,4 Proz. (356 gleich 12,6 Proz.). Die Gesamtzahl der Kämpfe hat sich gegen das Vorjahr um 22,5, also erheblich vermindert. Diese Tatsache kann als ein Zeichen der unangünstigeren wirtschaftlichen Lage des Jahres 1913 angesehen werden. Diese Annahme wird noch weiter bestätigt durch den besonders starken Rückgang der Angriffstreiks. Die Abwehrtreiks haben zwar auch eine Abnahme erfahren, jedoch in einem viel geringeren Maße als sie bei den Angriffstreiks erfolgte. Der prozentuale Anteil der Abwehrtreiks an den Gesamtkämpfen ist gegen das Vorjahr sogar, wenn auch nur unerheblich, gestiegen. Die höhere Zahl der Aussperrungen ist ausschließlich zurückzuführen auf den im Frühjahr 1913 im Malergewerbe geführten erbitterten Kampf um den neuen Reichstaxtarif.

An den gesamten Kämpfen des Jahres 1913 waren 248986 Personen, darunter 20732 weibliche, durch Arbeitsseinstellung beteiligt. 1912 nahmen an den Kämpfen 479589 Personen teil, davon kamen jedoch auf den Bergarbeiterausstand, wie schon erwähnt wurde, allein 237732. Es nahmen 1913 teil an den Angriffstreiks 140615 Personen gleich 56,5 Proz. (352090 gleich 73,4 Proz.) und an den Abwehrtreiks 36979 Personen gleich 14,8 Proz. (45400 gleich 9,5 Prozent). Von den Aussperrungen wurden betroffen 71392 Personen gleich 28,7 Proz. (82099 gleich 17,1 Proz.). Unter dem Einfluß des Bergarbeiterausstandes war die Zahl der an den Angriffstreiks im Jahre 1912 beteiligt gewesenen Personen um 211475 höher als 1913. Auch die Abwehrtreiks und Aussperrungen weisen eine geringere Beteiligungsziffer auf.

Der Ausgang der Angriffstreiks war in 791 Fällen gleich 61,1 Proz. erfolgreich, in 270 Fällen gleich 20,9 Proz. teilweise erfolgreich und in 233 Fällen gleich 18 Proz. erfolglos. Von den Beteiligten hatten 44864 gleich 32,1 Proz. vollen, 31283 gleich 22,4 Proz. einen teilweisen und 60800 gleich 43,5 Proz. keinen Erfolg.

Von den 866 Abwehrtreiks endeten 533 gleich 63,4 Proz. erfolgreich, 101 gleich 12 Proz. teilweise erfolgreich, und 206 gleich 24,5 Proz. erfolglos. Der Erfolg der beteiligten Personen kann bei den Abwehrtreiks nicht in dem gleichen Sinne wie bei den Angriffstreiks bewertet werden. Für 21767 gleich 62,1 Proz. Personen war es möglich, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erfolgreich abzuwehren. 3969 gleich 11,3 Proz. Personen erreichten nur einen teilweisen Erfolg, erlitten also eine teilweise Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, während für 9076 Personen gleich 25,9 Proz. die Abwehr der Verschlechterungen erfolglos war.

Die Aussperrungen bilden ein Kampfmittel der Unternehmer, um Forderungen der Arbeiter abzuwehren oder ihnen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen aufzudrängen. Unter diesem Gesichtspunkte müssen auch ihre Wirkungen aufgefaßt werden.

Einen vollen Erfolg hatten die Unternehmer nur bei 58 Aussperrungen gleich 14,1 Proz. der Gesamtzahl, die sich auf 23957 Personen gleich 33,9 Proz. aller Aussperrten erstreckten. Ergebnislos für die Unternehmer endeten dagegen 302 Aussperrungen gleich 73,3 Proz. mit 32663 Aussperrten gleich 46,2 Proz.; der Erfolg war hier auf Seiten der Arbeiter. Bei 51 Aussperrungen gleich 12,4 Proz. mit 13991 Beteiligten gleich 19,8 Proz. war der Ausgang für die Arbeiter teilweise erfolgreich, d. h. auch in diesen Fällen mußten die Unternehmer sich zu Konzessionen bereit erklären, wenn auch den Arbeitern kein voller Erfolg beschieden war.

Von den gesamten 2600 Kämpfen waren am Jahreschlusse 53 mit 3542 daran beteiligten Personen nicht beendet. Faßt man den Ausgang der beendeten Kämpfe zusammen, so ergibt sich, daß von diesen 1626 gleich 63,8 Proz. (1721 gleich 61,7 Proz.) erfolgreich und 422 gleich 16,6 Proz. (458 gleich 16,4 Proz.) teilweise erfolgreich endeten. 497 Kämpfe gleich 19,5 Proz. (538 gleich 19,3 Proz.) waren erfolglos und von zwei Kämpfen blieb der Ausgang unbekannt. Von den an den beendeten Kämpfen beteiligt gewesenen 245444 Personen hatten 99294 gleich 40,4 Proz. (134798 gleich 28,4 Prozent) einen vollen und 49233 gleich 20,1 Proz. (60091 gleich 12,6 Proz.) einen teilweisen Erfolg. 93833 Personen gleich 38,2 Proz. (274979 gleich 57,8 Proz.) war kein Erfolg beschieden. Für 3084 Personen wurde über den Erfolg nicht berichtet. Der Gesamterfolg der Kämpfe war 1913 etwas günstiger als im Vorjahre; der Anteil der erfolgreichen Fälle stieg um 2,1 Proz., während der Stand der teilweise erfolgreichen und der erfolglosen Kämpfe der gleiche blieb. Die

prozentualen Erfolgsziffern der Beteiligten des Jahres 1912 werden durch die große Zahl der an dem erfolglos gebliebenen Bergarbeiterausstand beteiligt gewesen Personen erheblich beeinträchtigt.

Für 196 460 Personen konnte der durch die Arbeitseinstellung erfolgte Ausfall an Arbeitszeit und Verlust an Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit für männliche Personen 5 291 557 und für weibliche Personen 380 477, zusammen 5 672 034 Tage. Der Ausfall an Verdienst beläuft sich bei den männlichen Personen auf 25 239 833 Mk. und bei den weiblichen Personen auf 871 690 Mk., zusammen 26 111 523 Mk. Von dem gesamten Verlust an Arbeitszeit und Verdienst kommt auf die Ausperrungen ein Arbeitszeitverlust von 1 532 311 Tagen und ein Verdienstausfall von 7 268 356 Mk.

Die Kämpfe erforderten eine Gesamtausgabe von 14 825 881 Mk. (11 486 365 Mk.). Sie ist um 3 339 516 Mk. höher als die des Vorjahres. Von den gesamten Kosten kommen auf die Angriffsstreiks 8 830 752 Mk., Abwehrstreiks 2 078 192 Mk. und Ausperrungen 3 840 738 Mk. Außerdem vorausgaben 5 Verbände noch 76 199 Mk. an Unterstützung für Mitglieder, die an den Kämpfen anderer Verbände mitbeteiligt waren.

Die gesamten von den Zentralverbänden im Jahre 1913 geführten wirtschaftlichen Bewegungen brachten 1 117 059 Personen einen Erfolg. Für 1 014 674 Personen wurde eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzielt und für 102 385 Personen Verschlechterungen völlig oder teilweise abgewehrt. Es erreichten 324 794 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 695 194 Stunden, 915 972 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 2 021 552 Mk. pro Woche und 434 819 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Der größte Teil der Erfolge entfällt auf die Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung. Durch diese wurde erzielt eine Arbeitszeitverkürzung für 283 335 Personen von zusammen 590 733 Stunden, für 772 293 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 1 686 387 Mk. pro Woche und für 383 470 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ein Vergleich dieser Zahlen mit den im Jahre 1912 erreichten Erfolgen ergibt, daß 1913 die Zahl der Personen, die eine Arbeitszeitverkürzung erreichten, um 53 391 geringer ist als im Vorjahre und zusammen 144 957 Stunden pro Woche an Arbeitszeitverkürzung weniger erzielt wurden. Die auf jede Person entfallende durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung blieb jedoch gleich, sie beläuft sich auf 2 1/4 Stunden pro Woche. Die 1913 erreichten Lohnerhöhungen übersteigen dagegen weit die im Vorjahre erzielten Ergebnisse. Die Zahl der Personen, die eine Lohnerhöhung erreichten, ist um 385 951 und die Gesamtsumme der Lohnerhöhung um 1 074 591 Mk. pro Woche höher als 1912. Der auf jede Person entfallende Durchschnittsbetrag betrug 1913 2,23 Mk. und 1912 1,79 Mk. pro Woche. Dieses bedeutend höhere Maß an erreichter Lohnerhöhung ist besonders der im Baugewerbe durchgeführten Tarifbewegung zuzuschreiben.

Abgewehrt wurde 1913 für 4903 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 43 950 Stunden, für 25 883 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 43 950 Mk. pro Woche und für 44 894 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Trotz erfolgter Abwehr trat dagegen ein für 793 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3208 Stunden, für 3629 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 10 109 Mk. pro Woche und für 2723 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

In 5403 Fällen (3599) kam es bei den Bewegungen zum Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 725 521 Personen (351 548). Der gegen das Jahr 1912 im bedeutend höheren Maße erfolgte Abschluß von Tarifverträgen ergibt sich besonders aus den Tarifbewegungen der Verbände der Bauarbeiter, Maler und Zimmerer.

Das Kriegsjahr 1914 hat die sich bisher in normaler Weise vollziehende Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe jäh unterbrochen. Eins ist aber sicher. Solange die kapitalistische Produktionsform besteht, werden ihre inneren Gegensätze zu Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum führen. Nach der Beendigung des Krieges wird dieses Ringen aufs neue einsetzen. Wie bisher, so wird sich auch in den zukünftigen Kämpfen die Arbeiterschaft nur auf ihre eigene Kraft stützen können. Sie zu erhalten und womöglich zu erhöhen, muß auch während des Kriegszustandes Aufgabe der Arbeiter sein.

Die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen im Deutschen Reich im Jahre 1913.

Zu den Einrichtungen, die auch in der jetzigen Zeit nichts an Bedeutung verloren haben, gehören die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen. Sie sind sogar in mancher Beziehung noch wertvoller als früher, wenn auch an einen weiteren Ausbau zurzeit kaum gedacht werden kann. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß die gegenwärtige Tätigkeit auf dem Gebiete der Auskunfterteilung durch den Krieg eine Einschränkung erfährt und daß eine Vermehrung dieser Einrichtungen in den nächsten Jahren kaum zu erwarten ist, eher eine Verminderung.

Die in Nr. 46 des „Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften“ veröffentlichte Statistik des Jahres 1913 weist 129 Sekretariate auf. 1912 berichteten 120, von denen eines, Koburg, aus der Liste der Arbeitersekretariate gestrichen ist, weil es vollständig aus Staats- und Gemeindegeldern unterhalten wird. Wie im Vorjahre kann auch diesmal wieder konstatiert werden, daß immer mehr die Gewerkschaftskartelle die Verwaltung der Sekretariate übernehmen. 1912 waren es 67 = 55,8 Proz., 1913 dagegen 75 = 58,1 Proz. Bei 38 = 29,5 Proz. sind besondere Kommissionen als Verwaltungskörper tätig. Der Bergarbeiterverband verwaltet 13 = 10,1 Proz. der Sekretariate, ein weiteres mit dem Sozialdemokratischen Verein zusammen. Die Unterhaltungskosten werden für 71 Sekretariate aus den Kartellkassen gezahlt, von denen 37 besondere Beiträge oder Zuwendungen erhalten. 35 Sekretariate sind allein auf die Beiträge der beteiligten Organisationen oder ihrer Mitglieder angewiesen. Zuschüsse werden von Parteiorganisationen an 41 und von Arbeiterunternehmungen an 17 Sekretariate gegeben, darunter an 3 von der Generalkommission der Gewerkschaften, die außerdem zwei allein unterhält.

Auskunft gewähren 87 Sekretariate an alle Auskunftsuchenden, davon 60 auch weitere Rechts Hilfe. 39 Sekre-

tariate machen Einschränkungen in Bezug auf Organisationszugehörigkeit, und 3 sind nur für Mitglieder des Bergarbeiterverbandes tätig. Unter den ihre Hilfe von der Organisationszugehörigkeit abhängig machenden Sekretariaten verlangen 15 die Zugehörigkeit zu einer dem Sekretariat oder dem Kartell angehörenden Organisation.

Nebenstellen haben 48 Sekretariate in 103 Orten. Nicht einbezogen ist hierbei das Sekretariat Rostock, das in 27 Orten Sprechstunden abhält.

Vertretung vor Gerichten und Behörden wird von 116 Sekretariaten übernommen; weitere zwei tun dies nur in Ausnahmefällen. Von den übrigen 11 diese Tätigkeit nicht ausübenden Sekretariaten sind 7 solche des Bergarbeiterverbandes. Manche Gerichte lassen diese Vertretungen nicht zu. Ueber gerichtliche Anklagen bzw. Verurteilungen berichten 6 Sekretariate.

Die Uebermittlung von Beschwerden an die Gewerbeinspektoren übernehmen 124 Sekretariate, 78 auch statistische und 91 andere gewerkschaftliche Arbeiten oder Agitation.

Ueber ihre Auskunftstätigkeit berichteten 127 Sekretariate, die von 683 890 Auskunftsuchenden befragt wurden. 1912 waren es ohne das Koburger Sekretariat, das bei den Vergleichen aus oben angeführten Gründen ausgeschaltet ist, 667 486. Die Zunahme beträgt bei einem Mehr von 8 Sekretariaten 16 404 = 2,5 Proz. Seit 1902 ist noch nie eine so geringe absolute und prozentuale Steigerung zu verzeichnen gewesen mit Ausnahme des Jahres 1903.

Die Auskunftsuchenden, die nicht als Arbeitnehmer zu zählen sind, weisen eine um 3135 Personen niedrigere Zahl auf als 1912; damals waren es 32 556, jetzt 29 421. Danach scheint die Inanspruchnahme der Sekretariate durch Unternehmer und Privatpersonen zurückgegangen zu sein; ihr Anteil an der Gesamtzahl fiel von 4,9 Proz. auf 4,3 Proz. Dagegen stieg die Zahl der Behörden, Vereine und Korporationen, die sich an die Sekretariate wandten, um 704 = 28 Proz., von 2515 auf 3219, ihr Anteil von 0,4 auf 0,5 Proz. 1912 waren 94,7 Proz. der Auskunftsuchenden Arbeitnehmer, 1913 dagegen 95,2 Proz. Gewerkschaftlichen Organisationen gehörten 505 611 = 74,3 Proz. an (1912: 484 628 = 72,9 Proz.). Von diesen waren 503 150 = 99,5 Proz. Mitglieder von der Generalkommission angehörenden Verbänden.

Die erteilten Auskünfte betragen im Berichtsjahre 725 092, 1912 ohne Koburg 701 718; sie nahmen danach um 23 374 = 3,3 Proz. zu, 1912 um 47 880 = 7,3 Proz. 94,3 Prozent der Auskünfte wurden mündlich gegeben und 5,7 Proz. schriftlich. Schriftsätze wurden 1912: 173 897, 1913: 185 339 oder 11 442 = 6,6 Proz. mehr angefertigt. Die Steigerung war ebenfalls 1912 größer, da sie 24 948 = 10,6 Proz. betrug.

Die Auskünfte betrafen folgende Gebiete: Bürgerliches Recht 228 140 = 31,6 Proz., Arbeiterversicherung 208 222 = 28,8 Proz., Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 109 833 = 15,2 Proz., Arbeits- und Dienstvertrag 97 782 = 13,5 Proz., Strafrecht 41 019 = 6,1 Proz., Privatversicherung 9811 = 1,4 Proz., Diverjes 9756 = 1,4 Proz., Arbeiterbewegung 6984 = 1,0 Proz., Handels- und Gewerbesachen 4930 = 0,7 Proz., Vereins- und Versammlungsrecht 2280 = 0,3 Proz.

Von den Auskünften über Arbeiterversicherung kommen auf die Unfallversicherung 117 211 = 56,3 Proz., auf die Invalidenversicherung 46 029 = 22,1 Proz., wobei 1368 Auskünfte über Angestelltenversicherung mitgezählt sind, auf die Krankenversicherung 40 711 = 19,6 Proz. und auf das Knappschaftswesen 4271 = 2,0 Proz. Die meisten Schriftsätze entfallen, wie in den Vorjahren, auf die Arbeiterversicherung, dann auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, Bürgerliches Recht usw.

Persönliche Vertretungen wurden von 113 Sekretariaten in 6717 Fällen übernommen. 1912 berichteten 102 Sekretariate darüber, die 6417 Fälle vertraten. Im Durchschnitt kamen auf jedes beteiligte Sekretariat rund 59 Vertretungen gegen 53 in 1912 und 60 in 1911. Bei 93 von den 6717 Fällen ist nicht angegeben, wo die Vertretung erfolgte. Von den übrigen 6624 wurden mehr als die Hälfte, 3405 = 51,4 Proz., vor Oberversicherungsämtern wahrgenommen, 390 = 5,9 Proz. vor Versicherungsämtern, 196 = 3,0 Prozent vor Landesversicherungsämtern, 338 = 5,1 Proz. vor dem Reichsversicherungsamt, 1378 = 20,8 Proz. vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, 741 = 11,2 Proz. vor Amtsgerichten und 176 = 2,6 Proz. vor Verwaltungsbehörden und -gerichten. Zu diesen Vertretungen waren 7470 Termine notwendig; im Durchschnitt kamen danach auf jedes beteiligte Sekretariat 66. Da manchmal halbe und ganze Tage zur Wahrnehmung eines Termins nötig sind, lassen diese Zahlen erkennen, welche bedeutenden Zeitverluste mit diesen Vertretungen verbunden sind. Die Belastung ist für manche Sekretariate außerordentlich groß.

Der Ausgang der vertretenen Rechtsfälle wurde den Sekretariaten in 21 287 Fällen bekannt. Davon waren erfolgreich 15 461 = 72,6 Proz., erfolglos 5826 = 27,4 Prozent. Von den mit Erfolg vertretenen 15 461 Fällen betrafen 5240 = 33,9 Proz. Unfallversicherung, 2886 = 15,4 Prozent Arbeits- und Dienstvertrag, 1154 = 7,5 Proz. Invalidenversicherung und 1120 = 7,2 Proz. Krankenversicherung und Knappschaftswesen.

Ueber ihre Finanzgebahrung liegen von 117 Sekretariaten Angaben vor, die an Einnahmen 655 648 Mk., an Ausgaben 626 141 Mk. hatten. Von den Einnahmen wurden 57,2 Proz. (375 254 Mk.) durch die Kartelle aufgebracht; 33,9 Prozent (222 042 Mk.) zahlten die beteiligten Organisationen oder ihre Mitglieder durch besondere Beiträge und 2,6 Proz. (17 269 Mk.) die Generalkommission der Gewerkschaften. 1,6 Prozent der Einnahmen (10 163 Mk.) wurden von Parteiorganisationen an 33 Sekretariate als Zuschüsse gegeben, 0,3 Prozent (1650 Mk.) von Genossenschaften, 0,8 Proz. (528 Mk.) von sonstigen Arbeiterunternehmungen und 0,2 Proz. (1100 Mk.) aus Gemeindegeldern. Die sonstigen Einnahmen an Gebühren, Geschenken usw. machten 3,4 Proz. der Gesamteinnahmen, nämlich 22 642 Mk., aus.

Neben den 127 Sekretariaten berichteten 232 Auskunftstellen der Gewerkschaftskartelle. 192 = 82,76 Proz. geben allen Auskunftsuchenden unentgeltliche Auskunft, während 40 = 17,24 Proz. ihre Hilfe von der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation abhängig machen. Die meisten, 210, geben auch schriftliche Auskünfte.

Da Angaben von 21 Auskunftstellen mehr als 1912 gemacht wurden, kann von einer Zunahme der Auskünfte kaum gesprochen werden; denn es wurden nur 946 = 1,8 Proz. mehr gezählt. 1912 betrug ihre Zahl 51 772,

1913 dagegen 52 718. Schriftsätze wurden 735 = 3,9 Proz. weniger angefertigt, nämlich 1912: 18 748, 1913: 18 013. In höherem Maße tritt der Rückgang der Tätigkeit der Auskunftstellen bei den persönlichen Vertretungen in die Erscheinung; hier beträgt er 254 = 25,6 Proz., da 1912: 994, 1913: 740 Vertretungen übernommen wurden.

Ueber die sonstigen Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen unterrichtet das Kaiserliche Statistische Amt in einer Sonderbeilage zum „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 7, die im Juli d. J. erschienen ist. Es wird darin über 1141 Auskunftstellen für die minderbemittelte Bevölkerung berichtet. Da 1912 über 916 solche Einrichtungen berichtet wurde, sind 1913 225 mehr von der Statistik erfasst worden. Die Auskünfte nahmen von 1 841 434 auf 1 982 752, also um 141 318, die Schriftsätze von 468 028 auf 521 505, demnach um 53 477. In Prozenten betrug die Zunahme der berichtenden Auskunftstellen 24,6, der Auskünfte 7,7 und der Schriftsätze 11,4. In der Zusammenstellung sind die freien Gewerkschaften mit 339 (1912: 330) Auskunftstellen, 777 810 (1912: 753 490) Auskünften und 203 352 (1912: 192 645) Schriftsätzen beteiligt; das sind gegen 1912 mehr: 29 Auskunftstellen oder 8,8 Proz., 21 320 Auskünfte oder 3,2 Prozent und 10 707 Schriftsätze oder 5,6 Proz.

Eine bedeutende Verringerung der Auskünfte ist für die Auskunftstellen der christlichen Gewerkschaften zu verzeichnen, obwohl 28 = 50,9 Proz. mehr berichtet, nämlich 1912: 55, 1913: 83. Trotz dieser erheblichen Vermehrung der berichtenden Auskunftstellen sank die Zahl der Auskünfte von 40 056 auf 18 974, demnach um 21 082 = 52,6 Proz., wogegen die Schriftsätze eine Steigerung von 22 490 auf 23 400, also um 910 = 4 Proz., anwiesen. In diesem kolossalen Rückgang der Auskünfte sind hauptsächlich die Auskunftstellen des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter beteiligt, die allein 22 016 Auskünfte und 1069 Schriftsätze weniger hatten. Die Abnahmen der Auskünfte schwanken zwischen 43,5—84,1 Proz. Auch in den Auskunftstellen des der Generalkommission angehörenden Verbandes der Bergarbeiter sind 1913 weniger Auskünfte als 1912 erteilt worden. Der Unterschied ist hier aber weniger bedeutend und bewegt sich zwischen 2,8—49 Proz., während eine Auskunftstelle noch eine kleine Zunahme hatte. Es ist wohl kein Fehlschluß, wenn diese bedeutende Abnahme der Auskunftstätigkeit der nur für Mitglieder geschaffenen Rechtsauskunftstellen des christlichen Gewerbevereins auf den Mitgliederverlust zurückgeführt wird. Die meisten Auskunftstellen der christlichen Gewerkschaften sind von einzelnen Verbänden für ihre Mitglieder errichtet. Würden diese wie bei den Einrichtungen der freien Gewerkschaften im allgemeinen nicht gezählt, dann würden von den christlichen Auskunftstellen nur drei übrig bleiben mit nur 251 Auskünften und 427 Schriftsätzen. Die Auskunfterteilung der Ortsverbände der freien Verbände wird statistisch nicht erfasst, ist aber teilweise sehr bedeutend.

Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften benutzen auch viel die konfessionellen Rechtsauskunftstellen, die zu unterscheiden sind in evangelische und katholische. Von ersteren berichteten 1912: 23, 1913: 38, also um 35 = 152,2 Proz. mehr. Dementsprechend nahmen die Auskünfte von 30 888 auf 43 894 = 13 006 oder 42,3 Proz. zu, die Schriftsätze von 13 434 auf 15 529 = 2095 oder 15,6 Proz. Verhältnismäßig nicht so stark ist die Zunahme bei den katholischen Auskunftstellen. Von ihnen berichteten 1912: 123, 1913: 134, demnach 12 = 9,8 Proz. mehr. Die Auskünfte stiegen von 235 638 auf 258 313, also um 22 675 = 9,6 Proz., und die Schriftsätze von 90 713 auf 102 451, folglich um 11 738 = 12,9 Proz. Neu hinzugekommen sind zu dieser Gruppe ferner noch 19 Rechtsauskunftstellen des Verbandes polnischer katholischer Arbeitervereine der Erzdiözese Gnesen-Posen mit 10 735 Auskünften und 6913 Schriftsätzen sowie 10 Rechtsauskunftstellen des Verbandes katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen mit 3899 Auskünften und 1344 Schriftsätzen.

Ueber die Rechtsauskunftstellen der deutschen Gewerbevereine (Kirch-Dunder) ist ebenfalls zu sagen, daß sie fast nur an Mitglieder Auskunft geben; ihre Bedeutung ist gering. Von der Statistik sind 60 (1912: 55) erfasst worden; das sind 5 = 9,1 Proz. mehr. Die Auskünfte nahmen von 58 365 auf 61 966, also um 3601 = 6,2 Proz. zu, die Schriftsätze von 11 185 auf 11 977, demnach um 792 = 7,1 Proz.

Die Privatangestelltenverbände beteiligten sich im vorigen Jahre erstmalig mit 23 Auskunftstellen an der Statistik; jetzt sind es 42 geworden, was einer Zunahme von 19 = 82,6 Proz. entspricht. Auskünfte wurden hier 1912: 58 703, 1913: 62 528 — das sind 3825 oder 6,5 Proz. mehr — gegeben und Schriftsätze 1912: 1319, 1913: 1661 angefertigt, entsprechend 342 = 25,9 Proz. mehr.

Die Rechtsauskunftstellen der Weiblichen oder sogenannten wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereine sind zum ersten Male in der Statistik gesondert aufgeführt. Es berichteten 28 mit 27 654 Auskünften und 11 778 Schriftsätzen.

Die Polnische Berufsvereinigung berichtet über 13 Rechtsauskunftstellen, die 28 073 Auskünfte erteilten und 16 913 Schriftsätze anfertigten.

Rechtsauskunftstellen gemeinnütziger Vereinigungen wurden 1912 32 gezählt. Hinzugekommen sind 4 = 12,5 Proz. Auskünfte wurden erteilt 1912: 194 292, 1913: 207 753; das sind 13 461 = 6,9 Proz. mehr. Schriftsätze sind 1912: 36 016, 1913: 38 546 hergestellt worden, 1913 also 2530 = 7 Proz. mehr.

Die Rechtsauskunftstellen für Frauen zeigen eine Vermehrung um 14 = 15,1 Proz., von 93 auf 107. Auskünfte wurden von ihnen 1912: 45 485, 1913: 52 869 gegeben, demnach mehr 7384 = 16,2 Proz. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze stieg von 8859 auf 11 961; das sind 3102 = 35 Proz. mehr.

Die Rechtsauskunftstellen von Arbeitgeberern sind diesmal mit 13 Auskunftstellen, 13 905 Auskünften und 5320 Schriftsätzen vertreten. Diese Einrichtungen erstrecken ihre Wirksamkeit nur auf Angehörige bestimmter Betriebe und Werke.

Die Rechtsauskunftstellen politischer Vereinigungen werden fast ausschließlich von nationalliberalen und fortschrittlichen Parteivereinen unterhalten. Die Statistik für 1913 weist auf: 25 Auskunftstellen mit 18 611 Auskünften und 8421 Schriftsätzen.

Die gemeindlichen und staatlichen Rechtsauskunftstellen haben erheblich zugenommen. 1912 berichteten 119, 1913 dagegen 144, das sind 25 = 21,0 Proz. mehr. Auskünfte wurden 1912: 337 071, 1913: 387 764 oder 50 693

= 15 Proz. mehr erteilt und Schriftsätze 1912: 57 563, 1913: 58 777 oder 1214 = 2,1 Proz. mehr angefertigt.

Die amtliche Statistik bringt ferner noch Angaben über die im Auslande bestehenden Rechtschutzeinrichtungen. Ihr Umfang ist aber nur gering, ein Beweis dafür, daß in keinem Lande der Welt soviel wie in Deutschland auf diesem Gebiete geschieht.

Ein Notschrei der oberfränkischen Handweber.

Am 13. Dezember 1914 fand in Ort bei Selmbrechts in Oberfranken eine Konferenz der oberfränkischen Hausweber statt, die von unserer Organisation einberufen und unter deren Leitung stand.

An das königlich Bayerische Ministerium des Innern, zu Händen Seiner Erz. Dr. v. Soden-Fraunhofen, München.

Durch die über Deutschland hereingebrochene Kriegskatastrophe ist ein starker Rückgang des Handels und der Industrie eingetreten. Einzelne Industrien oder Teile derselben liegen seit der Mobilmachung völlig darnieder.

Die am 13. Dezember 1914 in einer Konferenz zu Ort bei Selmbrechts versammelten Handweber der Bezirke...

Die arbeitslosen Handweber verlangen in erster Linie Beschaffung von Arbeitsgelegenheit; Arbeit, die ohne bestimmte Berufskennntnis geleistet werden kann.

Wenn aber keine ausreichende Arbeitsgelegenheit beschafft werden kann, müssen natürlich die Arbeitslosen mit Geld oder Naturalien oder im gemischten System unterstützt werden.

Die Konferenz der Handweber erwartet, daß das königliche Ministerium die Klage der Handweber recht bald prüft und in geeigneter Weise denselben seine Fürsorge zuteil werden läßt.

Ort, den 13. Dezember 1914. Mit vorzüglicher Hochachtung (Unterschriften.)

Wir kommen auf die wirtschaftliche Notlage jener armen, allseitig verlassenen Leute noch eingehend zu sprechen.

Soziales.

Arbeitslosenfürsorge. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erklärt an die örtlichen Gewerkschaftsverbände...

Einen kleinen Fortschritt auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge brachten die Verhandlungen des Reichstags und seiner Freien Kommission vom 1. und 2. Dezember.

meindeverbänden auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtsfürsorge, insbesondere der Erwerbslosenfürsorge und der die gesetzlichen Mindestsätze übersteigenden Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften.

Von einer für das ganze Reich geltenden Arbeitslosenfürsorge wird abgesehen. Den Gemeinden wird empfohlen, diese durchzuführen. Finanzschwache Gemeinden erhalten aus den Kassen der Bundesstaaten und des Reichs Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung.

Berichte aus Fachreisen.

Aachen. (Arbeiterferien und Fastnacht) In der letztabgehaltenen Mitgliederversammlung der Aachener Filiale wurde angeregt, der Vorstand möge sich mit dem Kartell der freien Gewerkschaften Aachens in Verbindung setzen...

Literatur.

Im Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H. in Nürnberg, ist soeben erschienen: Hundert Briefe aus dem Felde.

Menschen wirkt. Wer sich nach getaner Kriegsarbeit müde hinsetzt, um von den eben verfloffenen Stunden zu erzählen, wer seinen Lieben Nachricht gibt, während über ihm Granaten die Luft durchsaufen, schreibt nur, was er wirklich denkt und empfindet.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 27. Dezember, ist der 52. Wochenbeitrag fällig.

Die Mitgliedsbücher für Max Krüger, eingetr. am 17. 9. 1910 in Forst, Stammmummer 497 994, Georg Kraus, eingetr. am 20. 10. 1912 in Kottbus, Stammmummer 589 010, sind abhanden gekommen.

Achtung! Einzelmitglieder!

Laut Beschluß unserer Verbandsgeneralversammlung in Dresden (1914) ist der § 13, Absatz 1 des Statuts dahin abgeändert, daß ab 1. Januar 1915 die Einzelmitglieder ihre Beiträge nicht mehr an den Hauptkassierer, sondern an die Gauleitungen abzuführen haben.

An- und Abmeldungen der Einzelmitglieder sind ebenfalls bei der Gauleitung unter gleichzeitiger Einreichung des Mitgliedsbuches zu bewirken.

Für die einzelnen Gaue kommen folgende Adressen in Frage:

- Gau Hannover: Theodor Hüfner, Hannover-Linden, Neudeckstr. 12. Gau Cassel: Conrad Wettenhansen, Cassel, Gartenstraße 25. Gau Crefeld: August Marx, Crefeld, Kronprinzenstraße 147. Gau Düsseldorf: August Steinbrink, Düsseldorf, Hildebrandstraße 15. Gau Hülshausen-Lörrach: Josef Glanmann, Lörrach-Steften, Kreuzstr. 136. Gau Stuttgart: Ferdinand Heißler, Cannstatt, Bahnhofsstraße 18. Gau Augsburg: Josef Doll, Augsburg-Oberhausen, Neuhäuserstr. 11. Gau Gera: Ernst Ott, Bf.orten bei Gera (Neuß), Oststraße 29. Gau Blauen: Hugo Dressel, Blauen i. W., Parkstr. 7. Gau Chemnitz: Otto König, Chemnitz i. S., Jahngasse 55. Gau Neugersdorf: Oswald Heidel, Neugersdorf i. S., Ritterstraße 27-4c. Gau Liegnitz: Fritz Jungermeyer, Liegnitz, N. Glogauerstraße 19. Gau Berlin: Moritz Alshner, Berlin, Kniprodestr. 2.

Ortsverwaltungen.

Hamburg. Alle Zuschriften für die Besonderekommission sind zu richten an: August Schwarz, Schiffbek b. Hamburg, Karlstraße 22 I.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder. Varmen. Karl Köhler, Bandweber, 62 Jahre, Herzschwäche. Kempten. Julie Wind, Zwirnerin, Reichbach, 26 Jahre, Unterleibsleiden.

- rin, Reichbach, 26 Jahre, Unterleibsleiden. Krefeld. Peter Kampfling, 52 Jahre, Lungentzündung. — Jacob Pisch, 39 Jahre, Magenbluten. Mittweida i. Sa. Josef Simmer, Spinnereiarbeiter, 60 Jahre, Rippenfellentzündung. Neugersdorf. Auguste Gohlt, Leutersdorf, Webers, 52 Jahre, Rheumatismus.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitlieder.

- Varmen. Emil Hellmann, Riemen-dreher, 29 Jahre. — Otto Mühl-hausen, Riemen-dreher, 23 Jahre. — Friedrich Schneider, Fabrik-arbeiter, Dahlerau, 30 Jahre. Bramsche. August Wiemann, 35 Jahre. Breslau. Paul Peufert, Spinner, Warschewitz. — Max Hoffmann, Färbereiarbeiter. Burghardtsdorf. Paul Klaußner, Wirker, 23 Jahre. — Louis Emil Weisbach, Wirker, 38 Jahre. — Emil Schlegel, Remtau, Wirker, 22 Jahre. Callenberg b. Waldenburg. Paul Bindner. Eschwege. Theodor Herzog. Finsterwalde. Ernst Claudius. Glauchau. Willy Schauter, 25 Jahre. — Kurt Meyer, Niederlungwitz, 32 Jahre. Greiz u. Umg. Paul Schmidt, Webers, 21 Jahre. Grünberg i. Schl. Hermann Paul, 26 Jahre. — Wilhelm Art, 43 Jahre. — Karl Guttsche, 38 Jahre. — Max Baude, 20 Jahre. Kempten. Johann Riß, Kauf-beuren, 33 Jahre. Kottbus. Fritz Gallasch, Branitz, 26 Jahre. Langenfalza. Paul Willhardt, Weber, 23 Jahre. Mlrau-Neustau. Fritz Seydel, Stuhlmeister, 32 Jahre. Oelsnitz i. B. Max Mohner, Weber, Eichigt, 24 Jahre. — Otto Herrmann, Weber, Wösten-brunn, 26 Jahre. — Otto Görner, Weber, Voigtsberg, 25 Jahre. — Richard Merkel, Weber, Oelsnitz, 32 Jahre. — Hans Goller, Weber, Oelsnitz, 27 Jahre. — Paul Habicht, Weber, Lauterbach, 21 Jahre. — Edwin Albert, Färber, Taltitz, 21 Jahre. — Richard Sörgel, Weber, Raschau, 25 Jahre. — Bernhard Kraus, Weber, Pabstleithen, 23 Jahre. — Walter Ficker, Färber, Oelsnitz, 25 Jahre. — Alfred Hammer-schmidt, Weber, Oels-nitz, 25 Jahre. — Paul Bergner, Weber, Adorf, 32 Jahre. — Alfred Hofmann, Weber, Voigts-berg, 26 Jahre. — Richard Schwab, Weber, Untertriebel, 24 Jahre. — Oskar Heinz, Weber, Lauterbach, 26 Jahre. — Franz Hoffbach, Weber, Raschau, 32 Jahre. — Willy Hubert, Weber, Oelsnitz, 22 Jahre. — Theodor Wolf, Weber, Oelsnitz, 22 Jahre. — Robert Göh, Etzler, Oelsnitz, 27 Jahre. — Adam Wolfram, Färber, Voigtsberg, 22 Jahre. — Bernhard Seifert, Weber, Untertriebel, 23 Jahre. Reichenbrand. Otto Fleischer, 25 Jahre. — Max Lischte, Rabenstein, 24 Jahre. Reichenau i. Sa. Edmund Blumrich. Thalheim u. Umg. Erhard Scher-zer, 22 Jahre. Werda. Albin Geigenmüller, 33 Jahre. Zittau. Reinhard Windrich. — Erwin Zindler. — Oswald Fiedler.

Privat-Anzeigen.

Verband Deutscher Textilarbeiter. Filiale Wittgensdorf und Umgegend. Sonntag, den 27. Dezember, nachmittags 6 Uhr, im „Bergschlößchen“:

Generalversammlung.

- Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Ergänzungswahlen zum Vorstand. 3. Filialangelegenheiten. Der Vorstand.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 26. Dezember

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit dem Vernehmen künftl. Hermann Krähig, für alles andere Paul Bagener. — Druck: Bornharts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Eämtlich in Berlin